

Calmer Taubblatt

Nr. 120.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Verkaufswert: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Bfg.,
Werbung 60 Bfg. — Schluss der Entgegennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag, den 26. Mai 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarortbezirk M. 2.75, im Fernortbezirk M. 2.85, Bestellgeld 30 Bfg.

Die Grundsätze, nach denen angeblich Wilson Frieden schließen wollte.

Die Wortsachen des Präsidenten.

Die 14 Punkte der Kongressrede vom 8. Januar 1918.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm. Dieses Programm — unserer Auffassung nach das einzig mögliche — ist folgendes:

1. Offene Friedensverträge, offen zustande gekommen. Danach soll es keinerlei private und internationale Abmachungen mehr geben, sondern die Diplomatie soll stets aufrichtig und vor aller Welt offen dargehen.

2. Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, außer insoweit, als die Meere gänzlich oder teilweise zur Erzwingung internationaler Verträge kraft internationaler Beschlüsse gesperrt werden.

3. Die mögliche Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung zusammenschließen.

4. Austausch entsprechender Garantien dafür, daß die staatlichen Rüstungen auf das kleinste Maß, das zur inneren Sicherheit nötig ist, beschränkt werden.

5. Freie, weitherzige und absolut unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, beruhend auf der genauen Beobachtung des Grundsatzes, daß bei Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ebenso ins Gewicht fallen müssen, wie die gerechten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsmittel zur Entscheidung steht.

6. Räumung aller russischen Gebiete, und eine Erledigung aller auf Rußland bezüglichen Fragen, die ihm die beste und freieste Zusammenarbeit der anderen Nationen der Welt für die Erlangung einer unbeeinträchtigten und unbehinderten Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik verschafft und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft der Nationen unter Einrichtungen seiner eigenen Wahl sichert. Ja, noch mehr als nur diese Aufnahme soll ihm werden, nämlich Hilfe jeder Art, deren es bedürftig sein und von sich aus wünschen kann. Die Behandlung, welche Rußland in den künftigen Monaten durch seine Schwesternationen erfahren wird, wird deren guten Willen erproben und zeigen, ob sie für die von ihren eigenen Interessen abweichenden Bedürfnisse Rußlands Verständnis haben und ob ihre Sympathie selbstlos ist.

7. Belgien muß, darin wird die ganze Welt übereinstimmen, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich wie alle anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine andere Haltung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen der Nationen zu den Gesetzen wiederherzustellen, die sie selbst für die Regelung ihrer Beziehungen untereinander aufgestellt und festgelegt haben. Ohne diesen Stellungssatz wird das ganze Gefüge, die ganze Geltungskraft des Völkerrechts für alle Zeit beeinträchtigt bleiben.

8. Das ganze französische Gebiet sollte geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, und das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens durch Preußen angetan worden ist und das den Frieden der Welt während nahezu fünfzig Jahren gefährdet hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit wieder Friede im Interesse aller werde.

9. Eine Verichtigung der Grenzen Italiens sollte nach genau erkennbaren Linien der Nationalität durchgeführt werden.

10. Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollten durch freundschaftliche Verständigung gemäß historisch feststehenden Richtlinien in Untertanen- und Nationalitätsverhältnissen geregelt werden. Internationale Bürgschaften für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, sowie territoriale Unverletzlichkeit der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.

12. Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte eine sichere Souveränität, den übrigen Nationalitäten dagegen, die zur Zeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine absolute und ungehörte Gelegenheit

zur autonomen Entwicklung zugesichert werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Garantien dauernd geöffnet werden als ein freier Schifffahrts- und Handelsweg für alle Nationen.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte aufgerichtet werden, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einzubegreifen hätte, dem ein freier und sicherer Zugang zur See zugesichert und dessen politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit u. territoriale Unverletzlichkeit durch internationales Übereinkommen garantiert werden sollten.

14. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß gebildet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Garantien für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzlichkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.

Die 4 Punkte der Kongressrede vom 11. Februar 1918.

Die anzuwendenden Grundsätze sind folgende:

Erstens: daß jeder Teil der endgültigen Auseinandersetzung auf der dem betreffenden Falle innewohnenden Gerechtigkeit und auf solchen Ausgleich beruhen muß, die am ehesten einen Frieden von Dauer herbeizuführen geeignet erscheinen.

Zweitens: daß Völker und Länder nicht von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden dürfen, als ob sie bloße Waren oder Steine in einem Spiel wären, sei es auch in dem großen Spiele des jetzt für immer verrufenen Gleichgewichts der Mächte, sondern Drittens: daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage im Interesse und zum Nutzen der beteiligten Bevölkerungen geregelt werden muß und nicht als ein Teil von irgendwelchem Ausgleich oder Kompromiß von Ansprüchen rivalisierender Staaten, und Viertens: daß allen klar umschriebenen nationalen Ansprüchen die weitestgehende Befriedigung gewährt werde, die zugestanden werden kann, ohne neue Elemente der Zwietracht und Egnerschaft hervorzurufen, oder alte herartige Elemente zu bereinigen, die geeignet wären, den Frieden Europas und damit der Welt zu gefährden.

Die 4 Punkte der Rede von Mount Vernon vom 4. Juli 1918.

Die Ziele, für welche die vereinigten Völker der Welt kämpfen und die ihnen zugestanden werden müssen, ehe Friede werden kann, sind folgende:

1. Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, wo immer sie sei, die für sich, im geheimen oder nach eigener Wahl den Frieden der Welt föhren kann; oder, wenn sie zur Zeit noch vernichtet werden kann, zum wenigsten ihre Herabdrückung zur tatsächlichen Machtlosigkeit.

2. Die Regelung aller Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Oberhoheit, wirtschaftliche Abmachungen oder politische Beziehungen betreffen, muß erfolgen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das unmittelbar betroffene Volk; nicht auf der Grundlage des materiellen Nutzens oder Vorteils irgend einer anderen Nation oder eines anderen Volkes, die eine andere Erledigung zu Gunsten ihres eigenen äußeren Einflusses, ihrer Herrschaft wünschen könnte.

3. Das Einverständnis aller Nationen, sich in ihrem Verhalten zu einander von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung vor dem gemeinsamen Gesetz der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, die für die einzelnen Bürger aller modernen Staaten in ihren Beziehungen zu einander gelten. Dies, damit alle Versprechen und Übereinkommen gewissenhaft beobachtet, keine privaten Ränke und Verschwörungen ausgeheckt, keine selbsttätigen Verletzungen ohne Strafe begangen werden und damit ein gegenseitiges Vertrauen auf der vornehmen Grundlage wechselseitiger Achtung vor dem Recht erstehen.

4. Die Errichtung einer Friedensorganisation, welche die Gewißheit bietet, daß die vereinigte Macht der freien Nationen jede Rechtsvergewaltigung verhindern und dazu dienen wird, Frieden und Gerechtigkeit noch weiter durch ein bestimmtes Tribunal der Meinung zu sichern, dem alle sich beugen müssen, und durch welches alle internationalen Streitigkeiten, die von den unmittelbar betroffenen Völkern nicht auf freundschaftlichem Wege erledigt werden können, sanktioniert werden sollen.

„Diese großen Ziele lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Was wir suchen, ist die Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierung und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.“

Die 5 Punkte der in Newyork zur Eröffnung der vierten Friedenskonferenz gehaltenen Rede vom 27. September 1918.

Folgendes sind einige der besonderen Punkte, und ich erwähne sie mit um so mehr Vertrauen, als ich autoritativ für sie in Anspruch nehmen kann, daß sie die Auffassung wiedergeben, die die Regierung von ihrer eigenen Pflicht in Bezug auf den Frieden hat.

Erstens: die unparteiische Gerechtigkeit, die zugewiesen wird,

darf keinen Unterschied machen zwischen jenen, welche wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, gegen welche wir es nicht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigungen und keine andere Rücksicht kennt, als die gleichen Rechte aller beteiligten Völker.

Zweitens: keine besonderen oder getrennten Interessen irgend einer einzelnen Nation, oder irgend einer Gruppe von Nationen können zur Grundlage irgend eines Teiles des Übereinkommens gemacht werden, wenn es sich nicht mit den gemeinsamen Interessen aller verträgt.

Drittens: kann es keine Bündnisse oder Verbindungen, Sonderabkommen oder -verständigungen geben innerhalb der allgemeinen und gemeinschaftlichen Familie des Völkerbundes.

Viertens und ganz besonders können selbsttätige wirtschaftliche Sonderbündnisse innerhalb des Völkerbundes nicht zugelassen werden, ebensowenig wie die Anwendung irgend einer Form von wirtschaftlichem Boykott oder Ausschließung, außer insoweit, als diese wirtschaftliche Strafmaßnahme durch Ausschluß von den Märkten der Welt dem Völkerbunde selbst als Mittel der Disziplin und Kontrolle übertragen wird.

Fünftens: alle internationalen Übereinkommen und Verträge irgend welcher Art müssen in ihrer Gesamtheit der übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Sonderbündnisse, wirtschaftliche Rivalitäten und Feindseligkeiten sind in der modernen Welt die überströmende Quelle der Pläne und Leidenschaften gewesen, die Kriege entfesselt haben. Es wäre ein ebenso unaufrichtiger als unsicherer Friede, der sie nicht durch bestimmte und bindende Verpflichtungen unmöglich machte.“

Die Arbeiter im Saargebiet.

In dem vorliegenden Friedensvertragsentwurf handelt es sich immer nur um Dinge, die geändert werden sollen, um Gelder, die wir zu bezahlen haben, und um Länder, die man uns entreißen will. An keiner Stelle ist aber vom eigentlichen Menschenrecht zu lesen. Nach diesem Entwurf werden Menschen verschachert, als ob es Dinge wären. Bei der Frage des Saargebietes handelt es sich nach dem Nachwort des Rates der Vier nur um Kohlengruben, nicht aber um jene 800 000 Menschen, die das Land bevölkern, und von denen nahezu 600 000 Angehörige des Arbeiterstandes sind. Gerade die Arbeiter und ihre Angehörigen sehen einer schweren Zukunft entgegen. Durch die vorgesehene Abstimmung in 15 Jahren wird man sie in die schwersten Bewußtseinskonflikte bringen. Einer Auswanderung der Arbeiter in deutsches Gebiet ist schwer möglich, da keine Möglichkeit besteht, daß sie ohne weiteres in deutschem Gebiet Arbeit finden werden. Die Auswanderung wird aber auch dadurch erschwert, daß sowohl der preussische Fiskus als auch die Privatindustrie Jahre hindurch eine segensreiche Siedlungspolitik getrieben haben. Fast zwei Fünftel der gesamten Belegschaft im preussischen Saarbergbau sind Hausbesitzer. Es handelt sich hier also um ein hochentwickeltes bodenständige Arbeitervolk, die aus ihrer Heimat herauszunehmen äußerst schwer und äußerst gefährlich ist. Infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit werden sie sich also ganz der Willkür der Sieger zu unterwerfen haben. Die Franzosen erhalten das uneingeschränkte Ausdeuterrecht über die Gruben. Sie erhalten damit ein Machtmittel, das sie in 15 Jahren politisch nach Belieben verwerten können. Denn wenn die Bevölkerung nicht will, wie die französische Regierung will, so ist diese einfach in der Lage, eine Grube eine Zeitlang still zu legen, und die Arbeiter um Brot und Arbeit zu bringen. Man darf den Franzosen schon zumuten, daß sie aus dieser Bestimmung ein System zu machen verstehen, das in 15 langen Jahren dann am Tage der Abstimmung seine Früchte schon zeitigen wird. Aber weiter! Die französische Regierung kann die Gruben auch durch Privatgesellschaften ausbeuten lassen, und es ist nicht anzunehmen, daß die französische Privatindustrie an der Fortführung der Siedlungspolitik, die immerhin nicht geringe Kosten verursacht Interesse hat. Das Begonnene und Vollendete würde also langsam dem Untergang wieder anheim fallen. Schwer betroffen würden die Arbeiter auch durch die Regelung der sozialpolitischen Angelegenheiten. Es ist bei dieser Frage von Interesse, einmal festzustellen, daß Deutschland im Jahre 1913 an 20 Millionen Menschen, die gegen Krankheit versichert waren, 390 Millionen Mark gezahlt hat, während Frankreich an 4,7 Millionen Versicherte nur 24 Millionen Mark zahlte. Der Achtstundentag ist bereits jetzt von den französischen Behörden aufgehoben worden, die Arbeiter des Saargebietes werden in Zukunft zwischen den deutschen und den französischen Bestimmungen über Arbeitsrecht und Arbeitervertretung stehen. Währenddessen wird Frankreich alles anwenden, um die französischen Gewerkschaften im Saargebiet heimlich werden zu lassen.

men, welche Sie
gerpartei
den Wahlzettel
Ein Wähler.
enversammlung
rpräzeptor,
s Beste bewährt.
s Rathaus
kirchlichen
an.
Viele Wähler.
nk
all
verkauft
mbrecher
rter Drehstrom
erkchaft. Besch.
on tödlichen
bei
mäusen,
Handhabung!
Vo nicht er-
Hinweis auf
Laboratorium
Präparates!
age im Elsass
angewandt!
kl
Karlsruhe,
ie, Calw,
tgeflecht
kt 1-1.50 hoch
elbraht
getroffen.
g, Eisenhandl.
enstecken
ang, gespißt, hat
en
Josef Wälter.
gmehl
abgeholt werden.
her, Sägewerk,
Hirsau.
ellungen
st lieferbaren
gerkalk
stetens 31. Mai
gegeben werden.
Bestellung ist die
schlossen.
rau, Calw.
Berzeichnisse
redhanschnisse
ntor des Blattes,
u 50 Pfennig, 5
haben.

ten. Durch die Anlage von Schulen und durch den französischen Sprachunterricht, um nur einiges zu nennen, wird man mit aller Macht dahin wirken, daß nach 15 Jahren das Ergebnis der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein kann.

Zur Friedensfrage.

Wie die deutsche Note über die Wirkung der wirtschaftlichen Bedingungen der Entente aufgefaßt wird.

Paris, 23. Mai. Havas. Clemenceau sagt in seiner Antwortnote auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages, daß die Darlegungen der deutschen Delegation ganz ungenügend und stark übertrieben sind. Die Antwort bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung um 6 Millionen Einwohner vermindert wird. Andererseits bildet die Wegnahme der deutschen Tonnage eine unabänderliche und notwendige Mäßigung wegen des unerbitterlichen Kampfes gegen die Handelsflotte der Welt. Die Schiffe, die man Deutschland wegnehmen will, stellen nicht einmal den dritten Teil der auf unverantwortliche Weise zerstörten Tonnage dar. Die zollfreie Einfuhr der Kartoffeln ist für 3 Jahre vorgesehen. Die Lage ist die gleiche für die Phosphate, die Deutschland vor dem Kriege einfuhrte und die es auch nachher weiter einführen kann. Deutschland wird weiter ein Viertel seiner Kohlenproduktion verlieren, aber diese Kohle kommt aus übertragene Gebieten und es bleiben Deutschland 80 Millionen Tonnen Braunkohle. Außerdem wird die Kohlenproduktion in den nicht übertragene Gebieten, die vor dem Kriege gewachsen ist, noch weiter wachsen. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland die durch die systematische Zerstörung in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs hervorgerufenen Ausfälle decken muß. Wenn Deutschland gezwungen ist, Eisen und Zink einzuführen, so befindet es sich in derselben Lage wie viele andere Länder.

Die Darlegungen der deutschen Note über die Zukunft der deutschen Industrie sind sehr übertrieben und rechnen nicht damit, daß das durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Unglück allgemein ist. Die deutschen Voraussagungen über die zukünftige Bevölkerung sind zweifelhaft, und wenn Deutschland von den Verlusten spricht, die es nach dem Kriege an der Bevölkerung erleiden wird, so vergißt es die viel beträchtlicheren Verluste, die die Alliierten infolge seines Angriffes erlitten haben. Uebrigens beruht die Zahl der Verluste, die durch die Blockade verursacht sein sollen, auf einfachen Hypothesen. Ein Land kann auch wohl ein großes Industrieland sein, wenn es nicht selbst seine Rohprodukte produziert. Dasselbe ist der Fall bei England? Außerdem litt das deutsche Volk nie unter Plünderungen und Vermüstungen. Die intakten Quellen, die ihm bleiben, vereint mit seiner Ausfuhr, müssen für seine Wiederaufrichtung und Entwicklung genügen. Die Reduzierung der militärischen Rüstungen wird diese Wiederaufrichtung erleichtern.

Die Note schließt: In dem ungeheuren Weltunglück ist der Anteil, den Deutschland auf sich nehmen muß, an seiner Schuld und nicht an seinen Kräften zu messen. Die Nationen Europas werden lange an einer beinahe zu schweren Last zu tragen haben, die ihnen durch den deutschen Angriff auferlegt worden sind. Es ist gerecht, daß Deutschland, das dieses Elend verursacht hat, es im vollen Umfang seiner Mittel wieder gutmacht. Seine Leiden haben nicht ihre Ursachen in den Friedensbedingungen, sondern in den Taten derjenigen, die diesen Krieg hervorgerufen und verlängert haben. Die Urheber des Krieges dürfen den gerechten Folgen nicht entgehen.

Urteil eines Mitglieds der amerikanischen Friedens-Abordnung.

Berlin, 23. Mai. Der „Abend“ verbreitet nach einem Funk-spruch aus Lyon ein Schreiben des Mitglieds der amerikanischen Friedensdelegation Bullitt an Wilson, durch welches dieser seinen Rücktritt aus der Delegation begründet. Er sagt darin u. a.: Ich bin einer der Millionen, die rüchhaltslos Ihrer Führerschaft vertrauen und glauben, Sie wollten nichts geringeres als den dauernden Frieden der Welt und das auf der Basis einer restlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, die leidenden Völker der Welt neuen Unterdrückungs- und Zerkleinerungsangriffen auszusetzen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ungerechte Entschlüsse wie die von Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, Saarbeden und die Freigabe wichtiger Freigebiete führen unvermeidlich zu neuen Konflikten. Meiner festen Ueberzeugung nach ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbund viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Deshalb ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum besten ihres Volkes und zum Glück der Menschheit die Unter-schrift und die Ratifikation des ungerechten Vertrages durch Nichtbe-tritt zum Völkerbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzu bekannt, daß sie sich selbst am meisten den ungerechten Abmachungen widersetzen und daß Sie ihnen nur unter dem stärksten Druck beipflichteten. Trotzdem geht meine Ueberzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf anstatt hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen wäre und Sie in die Lage versetzt hätte, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären.

Aufrechterhaltung der Ansprüche auf das Saargebiet.

Paris, 28. Mai. (Diplomatischer Situationsbericht) Sonntag Nachmittag prüfte der Biererrat die beiden Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau über das Saargebiet und beschloß, sie mit einer einzigen Note zu beantworten. Die grundslegenden Bestimmungen des ursprünglichen Vertragstextes sollen nicht geändert werden. Es wird nur eine Formel eingefügt werden über den eventuellen Rückkauf der Gruben nach 15 Jahren.

Auch die Belgier sind zum Einmarsch bereit.

Brüssel, 24. Mai. Im Hinblick auf die von den Alliierten für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland vorgesehene Maßnahmen wurde die Entlassung der Jahrgänge 1907-1909 bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse verschoben.

Deutsche Noten zur Entschädigungs- und Schulfrage.

Berlin, 26. Mai. Gestern hat die deutsche Delegation in Versailles der Entente eine Replik über die Note Clemenceaus über die Schuld- und Entschädigungsfrage zugehen lassen. Die neue deutsche Note widerlegt laut „Vossischer Zeitung“ die falsche Bezugnahme auf die Note Lansing vom 5. 12. 18 und die Sinnverdringung des dort verwendeten Wortes „Aggression“ in der Antwort Clemenceaus. Die deutsche Note gibt Deutschlands Ersatzpflicht in Belgien und Nordfrankreich zu, stellt aber gleichzeitig die Ersatzansprüche Deutschlands für den Schaden der Hungerblockade fest und bestreitet noch einmal die alleinige Kriegsschuld Deutschlands energisch, indem sie abermals die Unterwerfung durch ein internationales Schiedsgericht fordert.

Wilson will die Aufteilung der Türkei verhalten.

Verailles, 26. Mai. Die gestrigen Abendblätter melden, Wilson habe im Verlaufe der vorgestrigen Erörterungen des Biererrats über die türkische Frage seine Befürchtung nicht verheimlicht, daß der amerikanische Senat sich dem widersetzen werde, daß die Vereinigten Staaten das Mandat für Konstantinopel, Armenien und Anatolien annehmen. Darauf habe man ein Kompromiß vorgeschlagen, dem zufolge die Türkei in Europa Konstantinopel und einen schmalen Gebietstreifen, sowie eine beschränkte Zone in Kleinasien erhalten soll und ihre Unabhängigkeit anerkannt wird. Diese Lösung könne auch Staaten, welche die Aufteilung des türkischen Reiches nur mit Mißbehagen sehen, Genugtuung geben.

Eine weitere liberale englische Stimme zum Friedensentwurf der Entente.

Rotterdam, 23. Mai. „Daily News“ schreiben in einem Leit-Artikel über die Deutschland zugeschriebene Absicht, den Frieden nicht zu unterzeichnen. Wenn dieser Fall eintreten sollte, bleiben den Alliierten zwei Möglichkeiten offen: Die eine besteht darin, den Vertrag zu revidieren. Die andere besteht darin, Deutschland zu befehlen. Der letztere Weg würde eine gewaltige Aufgabe bedeuten; nicht daß etwa Deutschland Widerstand leisten würde. Es besteht sogar Grund zu der Annahme, daß einflußreiche Kreise in Deutschland einer solchen Lösung nicht abhold sind. Eine Befehls würde jedoch eine unheilvolle Unternehmung für die Länder bedeuten, die sie ausführen müßten. Sie würde eine unbeschränkte Ausdehnung der Dienstpflicht und die Anwendung großer Heere zur Eintreibung von Schulden bei einem widerspenstigen, verschlagenen und unwilligen Volk darstellen. Sie würden die Alliierten in Konflikte verwickeln, die die Quelle zahlreicher Schwierigkeiten sein würden. Sie würde aus Deutschland sicher nicht mehr herausziehen, als dieses Land imstande wäre zu bezahlen. Sie würde auf unbeschränkte Zeit den Völkerbund zu einem verfallenen Witz machen und den Weg zu einem unvermeidlichen Krieg vorbereiten. Die andere Möglichkeit ist die, einen solchen Frieden mit Deutschland abzuschließen, das Deutschland annehmen kann, in der Hoffnung für die Zukunft und im Vertrauen auf die guten Absichten der Alliierten und mit dem Zwange, nicht nur seine Schulden bezahlen zu müssen, sondern auch seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen zu dürfen.

Die französischen Intrigen in der Pfalz.

Wannheim, 23. Mai. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, hat eine Versammlung der Vertreter der Pfalz, die auf Berufung des Regierungspräsidenten in Speyer am 18. Mai zusammengetreten war, eine Entschlebung genommen, in der mit größter Entschiedenheit die unläßliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland betont und die zuversichtliche Hoffnung auf eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen ausgesprochen wird. Die Frage, ob die Pfalz mit Bagern vereinigt bleiben soll oder nicht, sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Ueber den Verlauf dieser Versammlung in Speyer durfte die pfälzische Presse nichts veröffentlichen. Die Landdauer haben am Tage darauf ein Flugblatt im Sinne ihrer Bestrebungen zu verbreiten gesucht, das von den deutschen Behörden beschlagnahmt, später aber von der französischen Behörde freigegeben wurde. Die deutschen Beamten, die diese Beschlagnahme verfügt hatten, sind verhaftet worden. Auch hieraus ergibt sich, so bemerkt die „Neue Badische Landeszeitung“, daß die Franzosen die Loslösungsbestrebungen unterflügen.

Eine Illusion.

Berlin, 26. Mai. In einer großen sozialistischen Kundgebung in Mailand verkündigte Ferrati, wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, den 24 ständigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angebotenen Gewaltfrieden.

Auch die Indier auf die Ententephrasen hereingefallen.

Amsterdam, 25. Mai. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 22. 5. führte der Unterstaatssekretär für Indien, Montag, als eine der Ursachen für die unruhige Stimmung in Indien die Bestärkung an, die die beabsichtigte Aufteilung der Türkei in der mohammedanischen Welt hervorgerufen habe. Die indisch-mohammedanischen Soldaten machten geltend, daß sie eine wichtige Rolle bei der Befestigung der Türkei in der Ueberzeugung gespielt hätten, der Krieg sei ein Befreiungskrieg zur Erlangung des Selbstbestimmungsrechts.

Ein englisches Sozialistenurteil über die Stimmung in Oberschlesien.

Amsterdam, 25. Mai. Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet seinem Blatte, er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern sowie den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen vorgefunden. Sie protestieren alle dagegen, von einem Staate, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unsicher seien. Der Korrespondent meldet ferner, daß der Geist des Widerstandes gegen die Friedensbedingungen der Verbandsmächte von Tag zu Tag wachse. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichne, was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlessen sich doch niemals fügen.

Clemenceau verweigert der französischen Kammer die Bekanntgabe des Friedensentwurfs.

Verailles, 24. Mai. „Matin“ teilt mit, daß Clemenceau im Budgetausschuß der Kammer die Bekanntgabe des Friedensentwurfs, um welche der Ausschuß nachgefragt hätte, da er die Grundlagen für die Ausgestaltung des Budgets besitzen müsse, verweigerte.

Englische Arbeiterorganisationen für Aufhebung der Heeresseinberufungen und der Blockade gegen Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Laut „Vossischer Zeitung“ drachtet der Londoner Berichterstatter der Kopenhagener „Politiken“: Der Vollzugs-ausschuß der englischen Gewerkschaften überreichte Bonar Law eine vom Dreibund der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter angenommene Entschlebung, die die Aufhebung der Heeresseinberufung und der Blockade gegen Deutschland fordert. Der Dreibund droht mit dem Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden. Die Antwortung Bonar Laws werde als nicht befriedigend erachtet. Der Arbeitsminister Sir Robert Horne reiste nach Paris ab, um mit Lloyd George über die Lage zu verhandeln.

Die Vorbereitungen der Alliierten zur Beherrschung des Welthandels.

Amsterdam, 23. Mai. Einer Havas-Neuermeldung aus Brüssel zufolge nahm die interparlamentarische Handelskonferenz einen Antrag an, nach dem die alliierten Regierungen aufgefordert werden, eine internationale Kommission zu ernennen, die die Aufgabe hat, Auskünfte bezüglich der Produktion, des Transportes und des Verbrauchs von Brennstoffen zu erteilen. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, wonach in allen Ländern nach derselben Methode eine Statistik der Vermögen und Einkommen aufzustellen ist. Die Konferenz beschloß, auf der nächsten Zusammenkunft über die Gleichheit der Zollrechte zu beraten. Die Konferenz erklärte hierauf die Sitzung für geschlossen.

Vor der Befreiung Petersburgs

von den Bolschewisten.

Berlin, 26. Mai. Peterhof, das nur 21 Kilometer von Petersburg entfernt liegt, soll von einer aus russischen Freiwilligen zusammengefügten Truppe unter Beteiligung von englischen Schiffen eingenommen worden sein.

Vermischte Nachrichten.

Gegen den Fremdenverkehr.

Billingen, 23. Mai. In Billingen, St. Georgen, Triberg und anderen Schwarzwaldböden fanden Demonstrationsveranstaltungen gegen den Fremdenverkehr statt. Es wurde infolge des allgemeinen Nahrungsmittelmangels gefordert, daß der Fremdenverkehr im Schwarzwaldbereich diesen Sommer vollständig gesperrt werde und nur wirklich kranken Personen möglichst kurzer Kuraufenthalt gestattet werde. Der Durchgangsverkehr darf eine Ueberwachungsstelle nicht überschreiten. Sämtliche Hotels werden unter strenge Ueberwachung gestellt. Hamsternde Kurgäste sollen ausgewiesen und bestraft werden. Die Forderungen wurden einstimmig angenommen und werden durch die Landeszentrale des Arb- und Volksrates der badischen Regierung zum sofortigen Vollzuge unterbreitet.

Der Wahnsinn der Streiks.

Königsberg in Pr., 24. Mai. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter hat sich nunmehr fast über den ganzen Direktionsbezirk Königsberg ausgebreitet und ruft schwere Hemmnisse im Verkehrs- und Wirtschaftsleben hervor. Die Arbeiter versuchen, vielfach unter Drohungen, die dienstbereiten Beamten von der Arbeit abzuhalten. Auch Militärszüge sollen nicht befördert werden. Als heute ein Zug mit 500-600 Soldaten aus den besetzten Gebieten in Tilsit ankam, wurde er nicht weiterbefördert. Die Mannschaften bekohnten nun selbst die Maschinen und fuhren über Insterburg nach Königsberg, wo Anweisung gegeben wurde, sie mit einem Sonderzug weiter in das Reich zu befördern. Wie noch berichtet wird, verweigern die Ausständigen auch die Beförderung und Bedienung der Lazarettzüge. Abordnungen der ausständigen Arbeiter haben sich nach Berlin gegeben, um dort beim Minister ihre Forderungen zu vertreten.

Ein Vulkanausbruch mit verhängnisvollen Folgen.

Haag, 24. Mai. Wie das Niederl. Korr.-Bureau amtlich aus Niederländisch-Indien meldet, hat am 20. Mai ein Ausbruch des Vulkans Kloet im Bezirk Serengat stattgefunden. 20 Dörfer sind vollständig, 6 Dörfer teilweise vom Erdboden verschwunden. Im Bezirk Utar sind 11 Dörfer teilweise zerstört. Die Zahl der Toten und Vermissten wird bisher auf 16000 geschätzt. Die Bewohner sind in großer Zahl flüchtig. In Utar sind bisher 157 Leichen gefunden worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Mai 1919.

Zur Gemeinderatswahl in Calw.

Bei der gestrigen Gemeinderatswahl haben von 2945 Wahlberechtigten 2276, also 77,2 Prozent abgestimmt. Die Stimmzählung, die heute morgen begonnen hat, nimmt soviel Zeit in Anspruch, daß mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses wohl erst für heute Abend gerechnet werden kann.

Entlassungsanträge für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen.

Es wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten das Gerücht verbreitet, daß zur Einkleidung der Reserve-Sicherheitsstruppen die ursprünglich für Entlassene und zurückkehrende Kriegsgefangene bestimmten Garnituren verwendet worden seien. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß diese Bestände völlig unangefastet geblieben, die geäußerten Bedenken also grundlos sind. Zur Einkleidung unserer Kriegsgefangenen ist ausreichende Vorfrage getroffen. Sowohl in jedem der Durchgangslager, als auch an anderer Stelle sind eigens für diesen Zweck große Bekleidungsbestände bereit gehalten.

den Kampfen...
Clemenceau im
Friedensentwurf,
Grundlagen für
die Zukunft.

Aufhebung Blockade

rahtet der Kon-
: Der Vollzugs-
sonar Law eine
ortarbeiter ange-
Heeresberu-
Der Dreißig-
gen nicht erfüllt
nicht befriedigend
eiste nach Paris
heln.

Erten Abels.

ung aus Brüssel
enz einen Antrag
er werden, eine
gabe hat, Aus-
und des Ver-
de ein Antrag
en Methode eine
ist. Die Kon-
er die Gleichheit
rauf die Sitzung

ollgewissen.

er von Peters-
willigen zusam-
n Schiffen einge-

en, Erberg und
berfassungen
des allgemeinen
ndenverkehr im
ig gesperrt werde
er Kurzaufenthalt
e Ueberwachung
er strenge Ueber-
weisen und be-
angenommen
Vollrates der
reitet.

der Eisenbahn-
Direktionsbezirk
in im Verkehrs-
n, vielfach unter
rbeit abzuhalten.
s heute ein Zug
in Liffit ankam,
bekohnten nun
nach Königsberg,
berzug weiter in
verweigen die
der Lazarettzüge
nach Berlin be-
vertreten.

ngnis-

au amtlich aus-
Ausbruch des
20 Dörfer sind
unden. Im Be-
der Toten und
Die Bewohner
57 Leichen ge-

26. Mai 1919.

anzenen.

as Gerücht ver-
uppen die ur-
gene bestimmten
sei darauf hin-
olleben, die ge-
leidung unserer
n. Sowohl in
alle sind eigens
halten.

Gemeinderatswahl in Hirsau.

* Bei der gestrigen Wahl zum Gemeinderat in Hirsau haben von 524 Wahlberechtigten 375, also 71,5 Prozent abgestimmt. Gewählt wurden je 6 Kandidaten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten. Die Siege verteilen sich folgendermaßen: 1. Christian Kübler, Zimmermann (Soz.), früher im Bürgerausschuß, 381 Stimmen; 2. Gastwirt Bilharz (vereinigte bürgerliche Parteien), früher Gemeinderat, 286 Stimmen; 3. Flaschnermeister Friedrich Holzäpfel (Soz.), früher Bürgerausschußmitglied, 257 Stimmen; 4. Fabrikant Eugen Beerl (Bürg.-P.), früher Gemeinderat, 281 Stimmen; 5. Metzgermeister Eugen Holzwarth (Soz.) 251 Stimmen; 6. Zimmermeister Rudolf Kapp (Bürg. P.) 212 Stimmen; 7. Zimmermeister Gottlob Maier (Soz.) 241 Stimmen; 8. Frau Antonie Stählin (Bürg. P.) 204 Stimmen; 9. Konditor Hermann Wirth (Soz.), früher Bürgerausschuß, 235 Stimmen; 10. Bauunternehmer Jakob Boley (Bürg. P.), früher Bürgerausschußobmann, 203 Stimmen; 11. Kaufmann Emil Desterlin (Soz.) 193 Stimmen; 12. Privatier Georg Bauer (Bürg. P.), früher Gemeinderat, 189 Stimmen.

Keine Sozialisierung von Bad Teinach.

Vor einigen Wochen beschloß eine Abordnung der Regierung das Bad Teinach zwecks Entscheidung darüber, ob sich der Betrieb zur Verstaatlichung eigne. Ueber das Ergebnis der Beschichtigung und die sich daran anschließenden Beschlüsse wird heute gemeldet: Nach eingehenden Vorarbeiten beschloß der Unterausschuß III der Württembergischen Sozialisierungskommission, von einer Sozialisierung des Bades Teinach abzusehen. Auf Grund der erhobenen Gutachten und stattgefundenen Beschichtigungen ergab sich die Undurchführbarkeit eines Winterbetriebes und eine außergewöhnliche Höhe der etwa aufzuwendenden Kapitalien, so daß eine Ueberführung des Bades in die Gemeinschaft des Staates Württemberg nicht empfohlen werden konnte. Auch für die Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsbeschädigter in den Sommermonaten dürfte nur eine partweise Uebernahme in Frage kommen.

Ueberteuerungszuschüsse.

Nach einer Verfügung des Arbeitsministeriums erhalten die Unternehmer der öffentlichen Notstandsarbeiten (Gemeinden, Gemeindevorstände usw.) den im vorläufigen Feststellungsbescheid als Zuschuß zugewilligten Bruchteil der Ueberteuerung derjenigen Arbeiten, die bis zum 15. Juli bzw. 15. August 1919 oder bis zu dem durch besondere Verfügung im Einzelfall etwa anderweitig festgesetzten Termin tatsächlich ausgeführt wird. Für die endgültige Abrechnung ist also die wirklich entstandene Ueberteuerung maßgebend, gleichgültig, ob diese die im vorläufigen Feststellungsbescheid geschätzte Ueberteuerung überschreitet oder hinter ihr zurückbleibt. Bei Notstandsarbeiten, die durch vorläufigen Feststellungsbescheid anerkannt sind, aber bereits vor Erlass des vorläufigen Feststellungsbescheides begonnen waren, wird der bewilligte Bruchteil der Ueberteuerung auch derjenigen Arbeiten gezahlt, die vor Erlass des Feststellungsbescheides, jedoch nicht vor dem 1. Dezember 1918 ausgeführt worden sind. Als Ueberteuerung gilt die Differenz zwischen den ordentlichen Kosten und den tatsächlich entstandenen Kosten.

Höchstpreise für Rind- und Kalbfleisch.

Nach einer Verfügung der Fleischverorgungsstelle darf der Höchstpreis für 1 Pfund frisches Fleisch mit eingewachsenen Knochen bei der Abgabe an den Verbraucher im Durchschnitt nicht übersteigen: 1. bei Rindfleisch in Stuttgart 2,60 M., in den übrigen Gemeinden 2,35 bis 2,60 M., 2. bei Kalbfleisch in Stuttgart 2,50 M., in den übrigen Gemeinden 2,35 bis 2,50 M.

Amtsgericht Calw.

Im Güterrechtsregister wurde eingetragen, daß die Ehegatten: Dittus, Otto, Sattler in Hirsau, und Friederike, geb. Proß durch Vertrag vom 16. Mai 1919 Gütertrennung vereinbart haben.

Den 24. Mai 1919.

Amtsrichter Votteler.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Einzelfirmen Band I Bl. 188 und 233 wurde heute das Erlöschen der beiden Firmen: „Karl Praxler, Teinachtal Ode. Albulach“ u. „Erste Württ. Kunstmarmorfabrik Alfred Praxler, Teinachtal Ode. Albulach“ eingetragen.

Den 24. Mai 1919.

Amtsrichter Votteler.

Bekanntmachung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausstellung von Kohlen- (Rohs-) Bezugscheinen durch die Bezirkskohlenstelle im Allgemeinen von heute bis auf Weiteres aufgehoben wird. Die Verbraucher haben sich wegen des Bezugs von Brennstoff jetzt lediglich an ihren Händler zu wenden, der befugt ist, die Lieferung gemäß den Bestimmungen der Brennstoffordnung vorzunehmen. Dasselbe gilt in bezug auf Roks vom Städt. Gaswerk, soweit der Verbraucher seinen Bedarf dort überhaupt angemeldet und auch schon im vergangenen Jahr Roks von demselben bekommen hat.

Calw, den 24. Mai 1919.

Bezirkskohlenstelle: Dr. Waidher.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Streik und Ernährung.

Aus den Mitteilungen, die der Ernährungsminister Baumann in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses machte, ist bemerkenswert, daß infolge des Streiks von rund 80 000 Zentnern Saatkartoffeln, die in Mitteldeutschland für Württemberg bereit standen, nur etwa ein Drittel, und diese nur auf dem Seilgutwege, herangeschafft werden konnte.

Aus der Landesversammlung.

StG. Stuttgart, 23. Mai. Die Sitzung befaßte sich zunächst mit der Anfrage des Zentrumsabgeordneten Groß an den Verkehrsminister wegen der Ausführung des am neuen Empfangsgebäude des Cannstatter Bahnhofs vorgesehenen Turmes, der nach den Mitteilungen des Antragesellers 130—140 000 M. Baukosten verursacht. Die Erstellung des Turmes schloß Groß dem Ehrgeiz eines Technikers der Generaldirektion zu; er hielt eine solche Baupolitik auf Kosten der Steuerzahler in gegenwärtiger Zeit für gewisslos und die Verausgabung solch hoher Summen für einen Luxus. Unterstaatssekretär Hühler und der Sozialdemokrat Pfleger hielten diese Einwände nicht für stichhaltig, sodaß es bei dem geplanten Bau bleiben wird. Dem Entwurf eines dringlichen Gesetzes wegen einer Uebergangsbestimmung zur Verfassungsurkunde, wonach die Landesversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung vorläufig beibehalten bleibt, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen zugestimmt. Ein Antrag Hartenstein (D. b. P.), bei der Gewährung von Teuerungszulagen aus der Pensionskasse für Körperchaftsbeamte in dem Gesetzesvorschlag die Worte „im Falle der Bedürftigkeit“ für die Pensionäre zu streichen, fand einstimmige Annahme. Samstag nächste Sitzung.

Der Finanzausschuß der Landesversammlung zur Frage der Entschädigung des Königsraats.

StG. Stuttgart, 23. Mai. Der Finanzausschuß fuhr in seiner heutigen Sitzung mit der Beratung des Entwurfs eines Uebergangsgesetzes fort. Zu der Frage der Aufhebung der bisherigen Portofreiheit für die Mitglieder des Königl. Hauses und des Fürstl. Hauses von Thurn und Taxis entschied sich der Ausschuß dahin, daß, soweit es sich um die Portofreiheit für die Mitglieder des Königl. Hauses handelt, die Aufhebung nicht zu beanstanden sei; der Aufhebung der Portofreiheit des Hauses von Thurn und Taxis stimmte der Finanzausschuß unter der Voraussetzung zu, daß es sich bei den 1851 zwischen dem württ. Staat und dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossenen Vertrag um einen staatsrechtlichen und nicht um einen privatrechtlichen Vertrag handelt. Des weiteren beschäftigte sich der Ausschuß mit dem zwischen der provisorischen Regierung und dem vormaligen König am 29. November abgeschlossenen Abkommen über den Verzicht des Königs auf die Zivilliste und die vom Staat hiergegen übernommenen Leistungen. Der Finanzminister erklärte, daß in Württemberg die Lösung dieser Frage durch die in der alten Verfassung von 1859 getroffenen Bestimmungen im Vergleich zu den anderen Bundesstaaten wesentlich erleichtert sei. Diesem Abkommen hätten seinerzeit auch die beiden Minister Crispian und Fischer von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sowie der Landesauschuß der A- und S-Mitte zugestimmt. Die in dem Vertrag für den König auf Lebzeiten ausgesetzte Jahresrente im Betrag von 200 000 M., für die Königin als Witwe im Betrag von 100 000 M. wurde von sozialdemokratischer Seite beanstandet und bemerkt, daß, wenn der Vertrag erst heute unter den wesentlich geänderten Verhältnissen abzuschließen wäre, wohl eine wesentlich niedrigere Summe angesetzt würde. Vom Finanzminister und den Vertretern der verschiedenen bürgerlichen Parteien wurden verschie-

dene Gegengründe entgegengehalten und der Antrag zuletzt mit 22 gegen 3 Enthaltungen (Soz.) vom Ausschuß genehmigt. Am Schluß der Verhandlungen wünschte der Finanzminister noch eine Stellungnahme des Finanzausschusses über eine etwaige Fortführung des Notwollparcs als Wildpark; hierdurch würden dem Staat jährlich Kosten in Höhe von 25 000 M. erwachsen. Er erklärte sich bereit, den Notwollpark als Park zu erhalten und allgemein zugänglich zu machen. Dieser Standpunkt wurde vom Finanzausschuß gut geheißen. Fortsetzung Samstag vormittag 10 Uhr.

StG. Stuttgart, 23. Mai. Die radikalen Elemente unter den Metallarbeitern, auf deren terroristisches Vorgehen der Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, alle Angestellten zu entlassen, zurückzuführen ist, versuchen jetzt ihr Vorgehen abzu-schwächen. Es wird jetzt in den Betrieben gesagt, daß nur Eggert und Hofentzien zu entlassen seien, die anderen Beamten sollen sich wieder bewerben. Die beiden Genannten sind die bevollmächtigten Geschäftsführer, unter deren Leitung der Verband groß und leistungsfähig geworden ist. Was ihnen den Stolz der linksstehenden Kreise eingebracht hat, ist der Umstand, daß sie unbedingte Gegner des Generalstreiks unter den jetzigen Verhältnissen sind, und daß sie als Abgeordnete in der Landesversammlung zu der mehrheitlich sozialistischen Partei zählen. — In den Fortuna-Berufen in Cannstatt sind die Arbeiter in den Ausstand getreten, weil ein Arbeiterausschußmitglied wegen angeblicher Veleidigung eines Direktors entlassen worden ist. Der Schlichtungsausschuß hat die Angelegenheit mit anfänglichem Erfolg einzurennen versucht, trotzdem beargen die Arbeiter im Ausstand, und fordern die Entlassung eines Arbeiters. — Bei Daimeier verlangt die Arbeiterschaft die Einführung der 48stündigen Arbeitszeit anstelle der jetzt geltenden 44stündigen. Die Verhandlungen sind im Gange. In allen Betrieben ist unter der Arbeiterschaft Gärung vorhanden, die von den unruhigen Elementen für ihre Zwecke ausgenützt werden. Am Sonntag ist Wahl zum Gewerkschaftskongress für die Metallarbeiter. Die Kandidaten sind ausschließlich Angehörige der radikalsten Richtung. — Die in verschiedenen Arbeiterversammlungen aufgestellte neue Forderung einer einmaligen Teuerungszulage von 600 M. und 50 M. für jedes Kind ist von den Großbetrieben als vollkommen unmögliche Leistung abge-schlagen worden. Tatsächlich würde die Bewilligung dieser Forderung im gegenwärtigen Augenblick, wo fast alle Betriebe mit Unterbilanz arbeiten, den endgültigen Ruin unserer Industrie bedeuten. In verschiedenen Betriebsversammlungen wurde beschlossen, daß im Falle, daß die Teuerungszulage von den Betriebsleitungen nicht bewilligt werde, die Arbeiterschaft mit ihren Forderungen an die Regierung unter Androhung des Generalstreiks herantreten soll. Die Regierung soll die Mittel entweder mit den Betriebsleitungen oder von sich aus aufbringen. Bis jetzt ist die Sache der Regierung offiziell nicht mitgeteilt worden. Im Hinblick auf die überaus ernste, ja bedrohliche Lage der Staatsfinanzen ist jedoch ihre Stellungnahme von vornherein nicht zweifelhaft.

Literatur.

Der Ententefriedensentwurf.

Die Friedenskonferenz der Entente in einer vollständigen deutschen Volksausgabe sind jetzt als Veröffentlichung der Deutschen Liga für Völkerverständnis im Verlage von Hans Robert Engelmann-Berlin für M. 1,36 erschienen. Eine angehängte Karte mit den geforderten Gebietsveränderungen verneht noch den Wert dieses Buches, das jeder Deutsche lesen sollte, um zu erkennen, um was es geht in Versailles geht.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hühler'schen Buchdruckerei, Calw.

Sozialdemokr. Verein Calw.

Heute abend 8 Uhr
Zusammenkunft
bei Schechinger.

Bekanntmachung des Wahlergebnisses.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
Der Vorstand.

Deutsche Demokrat. Partei.

Heute Abend Zusammenkunft
im Adler.

Gesangverein „Frohfinn“.

Morgen Dienstag abend
8 Uhr
Singstunde
„im Ochsen“.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
Der Vorstand.

Verkaufe einen bereits noch
neuen

Touristen-Anzug.

Martin Seeger, Schneider,
Neuweiler D.A. Calw.

Moderne Hausmusik

Gitarre- und Laute-
Unterricht.
Kurse in 20 halben
Stunden.

Paul Olpp, Telefon 92.

Hirsau. 2—3 möblierte Zimmer

(evtl. mit Küchebenützung)
zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Sofort oder bis 1. August
beziehbare, kleines

Land- Haus

mit größerem Obst- und Ge-
müsegarten in Umgebung Calw
gegen Barzahlung zu kaufen
gesucht. Angebote an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Neue Mietverträge

sind im Kontor dieses
Blattes erhältlich.

Kriegs- Gewinnler

Ratschläge f. schnelle
vorzunehmende einzig
mögliche Vermögens-
Anlage werden erteilt.

Gesf. Nr. unt. Da. 2205
befördert

Heinrich Eißler, Ann-
Exp., Hamburg 3.

Habe eine ältere Hobelbank

zu verkaufen
G. Ritter, Zimmermann,
Stammheim.

Mehrere, größere Pflanzenkübel,

gebraucht oder neu, zu kaufen
gesucht. Angebote an
Ander zum „Hirsch“,
Bad Teinach.

1 vollständiges Bett,
1 Schüsselbrett, 1 Re-
gulatur-Uhr, Wasch-
garnitur, Salontisch.
Zwingerstraße 294.

Frischgewässerte Stockfische

das Pfund zu Mk. 1,30
sind jeden Dienstag,
Donnerstag, u. Freitag
zu haben bei
H. Hauber.

Zur Auspugerei empfiehlt Parkett-Linoleummische

Marke „Biene“, in weiß u. gelb,
Bodenöl,
Stahlspäne,
Sod r,
Büsten,
Reißigbesen
H. Hauber.

Suche einige Lieggestühle

zu kaufen.
Angebote erbeien an
Fenjon Adam, Hirsau.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht

H. Calberarow, Hamburg 5.

Calw, den 26. Mai 1919.

✠

Todes-Anzeige.

Liefbetäubt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unsere l. Großmutter und Urgroßmutter

Kathrine Fremd,
geb. Neef,

im Alter von 87 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Enkelsohn **Gustav Kaufmann**
und Frau **Berta**, geb. **Gohl**
M. Gohl, Gasmeister a. D.

Beerdigung Dienstag 2 Uhr.

Distelstecher, Hauen und Rärste, Mohn- und Felghäckchen, Spaten und Schaufeln, Garten- und Grasrechen

empfeht in großer Auswahl

Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung, Weilberstadt.

Die Kunstfärberei und Chem. Wascherei Ferd. Strubberg, Stuttgart

übernimmt das

Reinigen und Färben von Herren- und Damen-Kleidung aller Art.

Lieferung in kürzester Zeit.

Annahmestelle in Calw:
Fr. N. Schaible, Badgasse.

Reg.-Baum. Alfred Daiber, Architekt
Degerloch-Stuttgart, Kirchheimerstraße 9. I.

vor dem Kriege Leiter des Stadterweiterungsamtes und der Bauberatungsstelle in Neu-Köln, mehrfach preisgekrönt bei größten deutschen Wettbewerben, empfiehlt sich zur Bearbeitung von Neubauprojekten aller Art, von Siedlungs- und Stadterweiterungsplänen.

Telef. Anruf: Degerloch 222.

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung ohne Zuschlagsprämie für Frauen!

Haben wir als Vater u. Mutter unsere Pflicht getan?

Diese Frage werden viele Eltern mit „Ja“ beantworten; doch wird nur allzuoft etwas vergessen. Sind bei plötzlichem Tode von Vater oder Mutter die Mittel vorhanden, um die sofort in erhöhtem Maße auftretenden materiellen Anforderungen zu decken? Sind alle Vorkehrungen getroffen, damit zu dem Schmerze über den Verlust eines lieben Angehörigen nicht auch noch das Moment der Geldsorge komme?

Die Sterbekassen-Versicherung (Versicherung ohne ärztl. Untersuchung) des

Gisela-Verein

(Zweigniederlassung München, Rindermarkt 10) bietet eine Vorsorge für alle Lebensverhältnisse.

Zahl der Pollizen Ende 1917: 230.133 — Versichertes Kapital 1917: 248 Mill. Mark.

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung, ohne Zuschlagsprämie für Frauen!

Prospekte versendet und Auskünfte erteilt:

Hauptverretung Karl Mössinger, Stuttgart, Blumenstrasse 4/1.

 **Turnverein Calw.**

Um auch der weiblichen Jugend Gelegenheit zu der heutzutage besonders notwendigen Kräftigung und Ausbildung ihres Körpers zu geben, nehmen wir unter der bewährten Leitung zweier älteren Turnwart

das Frauen-Turnen

in unserem Verein wieder auf.

Die erste Turnstunde findet am Mittwoch, d. 28. ds. Mts., abends 8 Uhr in der Turnhalle statt.

Wir laden die Frauen und Jungfrauen der hiesigen Stadt zu reger Teilnahme freundlichst ein.

Der Turnrat.

Forstamt Hirsau.

Steinlieferungs-Akkord.

Am Freitag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, wird im „Schwanen“ in Hirsau die Lieferung von 200 cbm Kalksteinen und 120 cbm Sandsteine auf die Staatswaldwege verakkordiert.

5—6 tüchtige Tagelöhner
sowie
einige jüngere Leute

von 16—18 Jahren werden sofort gesucht. Dieselben wollen sich beim **Waldecker Hof** bei Teinach melden.

Tiefbauunternehmer **Köhler, Talmühle.**

Nach Stuttgart wird gesucht in ein kleineres Kurhaus mit Pension ein

Zimmermädchen

und eine

Röchin,

welche auch etwas Arbeit übernimmt, zu baldigem Eintritt, bei guter Behandlung u. gutem Lohn. Zu erfragen

Bischoffstraße 496, I.

Ein ordentlicher

Junge

der Lust hat, das Bäckerhandwerk zu erlernen, wird sofort angenommen.

Wilhelm Mähner, Bäckermeister, Pforzheim
Altstädterstraße 7.

Lotterie

zu Wohnungseinrichtungen für Kriegsteilnehmer.

Ziehung garant. Samstag, 31. Mai.

Hauptgew. 15000—5000 Mk.
Lose a 1 Mk. bei

Friseur **Winz, Marktplatz.**

Deckenpfronn.

Eine 38 Wochen, mit dem zweiten Kalb trüchtige

 **Ruh,**

sowie ein 11 Wochen trüchtiges

 **Mutter-Schwein**

(Erstling), sehr dem Verkauf aus

August Mischele.

Schmied.

Eine m. d. 2. Kalb hochträchtig.

Ruh

verkauft

Johann Georg Förcher, Bauer.

1 Holländer

 **Zucht-Rind**

hat zu verkaufen.

Chr. Stürner.

Ein brauner

Sagdhund

ist zugekauft und kann innerhalb 6 Tagen gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr abgeholt werden.

Fr. Hohäpfel, Ernstmühl.

Populärer Vortrag.

Am Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr wird im Saal der Brauerei Dreiß Herr Dr. med. **Carsten** vom Württ. Arbeitsministerium über

Geschlechtskrankheiten

sprechen, wozu jedermann eingeladen wird.

Oberamtman O. S.

Landwirtschaftlicher Consumverein Calw.

Schwefelsaurer Ammoniak

20,8% ist auf Lager, per Ztr. Mk. 32.— bar.

Bezogener Kainit kann bezahlt werden, fein gemahlener bar Mk. 4.50 per Ztr., gewöhnlicher Mk. 3.50 per Ztr. ab Lager.

Sensenhalter „Ideal“

gef. gesch. bestens bewährt, vollkommenster Erfolg für den veralteten Sensenring, deshalb unentbehrlich für jeden Mäher und Landwirt.

Bezirks- und Platz-Vertreter sowie Hausierer allerorts gesucht.

Wilh. Gillardou II, Bretten i. B.

Ein Pferd,

für Landwirtschaft geeignet, zu verkaufen, oder an gute Milch-Ruh zu vertauschen.

Wo, sagt die Geschäftsst. d. Vl.

Forstamt Hirsau.

Reisig-Verkauf.

Am Freitag, den 30. Mai norm. 8 Uhr, werden im „Schwanen“ in Hirsau aus Staatswald Mäher, sowie von d. Reinigungshieben in Brandshalde, Hühnerleich, Grünle, Ulrichsacker, Salzleckenrain, Löschengarten, Markgrafenwald, Langeplatte und von Scheidholz im Müburgerberg 30 Reislöse (in Mäher mit viel Stangen) verkauft.

Prima helles

Boden-Öl

en gros (kein Erfah) en detail

Rannen bitte einsenden.

E. Staab, Liebenzell.

Stärke

ist eingetroffen.

Bügelgeschäft **Schühle,**
Calw, Badstraße 346.

Futterwürze, Hundekuchen, Geflügelfutter, Ritter-Drogerie

Calw, an der Nagoldbrücke.

Zöpfe, Haararbeiten

aller Art werden angefertigt bei

Karl Genthner, Friseurgeschäft, Bad Liebenzell.

Haararbeiten

fertigt rasch und billig

J. Odermatt Friseurmeister
Calw.

Spezial-Wasserglas, sow. Garantol.

Ritter-Drogerie gegenüber dem Waldhorn.

Strohhüte

f. Herren, Knaben u. Kinder

Mädchenhüte, schön garniert

Feldhüte für Frauen und Männer

Grösste Auswahl. Ausserst mässige Preise.

Wilhelm Schäberle,

Hut- und Mützenlager neben dem Rathaus.